

8. VII. 1916

Wirtschaftspolitische Aufgaben nach dem Kriege.

In einer vom Deutschen Volksverein einberufenen Versammlung sprach gestern in Urfahr Landtagsabgeordneter Dr. Karl Beurle in bemerkenswerten Ausführungen über verschiedene wirtschaftspolitische Aufgaben, die unser nach dem Friedensschlusse harren, sowie über die Kosten, die der große Weltkrieg vermutlich erfordern und die Art wie deren Bedeckung durchgeführt werden dürfte.

Abgeordneter Dr. Beurle verwies einleitend auf Berechnungen der englischen Zeitschrift „Economist“, nach welchem die militärischen Aufwendungen der Ententemächte bis Ende Juni 1916 62 Milliarden für England, 54 Milliarden für Frankreich, 42 Milliarden für Rußland, 11 Milliarden für Italien und 6 Milliarden für Belgien und Serbien, zusammen also 175 Milliarden für die in der Entente vereinigten Staaten betragen. Demgegenüber berechnet der „Economist“ die Kriegskosten der Mittelmächte bis zu demselben Zeitpunkt mit 66 Milliarden für Deutschland, 33 Milliarden für Oesterreich-Ungarn und 5 Milliarden Kronen für die Türkei und Bulgarien, zusammen also 104 Milliarden für die Zentralmächte. Für das Volkseinkommen gibt die englische Zeitung nachstehende Ziffern an: In England 67 Milliarden, in den übrigen Staaten der Entente 125 Milliarden, in Deutschland 63 Milliarden, in Oesterreich-Ungarn 36 Milliarden und in der Türkei und Bulgarien 6 Milliarden, so daß hier eine Gesamtsumme von 192 Milliarden für die Ententestaaten einer solchen von 105 Milliarden für die Zentralmächte gegenübersteht.

In der Tatsache, daß die Kriegskosten der Entente mindestens um die Hälfte größer sind als die der Zentralmächte, fällt besonders ins Gewicht, daß bei uns in Oesterreich und in Deutschland die Auslagen zum allergrößten Teile wieder der heimischen Volkswirtschaft zufließen und das Geld im Lande bleibt, so daß sich bei uns nur eine Verschiebung des Besitzes ergibt. Ganz anders in England, Frankreich und selbst in Italien, die sich durch die Kosten, welche ihnen der Krieg verursacht, an das Ausland verschulden. Nun wird es sich aber um die Frage handeln, wie große Kreise bei der naturgemäß bei uns eintretenden Verschiebung der Besitzverhältnisse vor Verarmung zu bewahren und wie die Lasten zu verteilen sein werden, die durch den Krieg entstanden sind. Oesterreich-Ungarn wird mit einem jährlichen Mehrerfordernis von zwei Milliarden zu rechnen haben, eine Ziffer, die weit hinter den Zahlen zurückbleibt, die unsere Gegner belassen werden. Diese Summe ist noch immer nicht unerlässlich, wenn man erwägt, daß die Beträge, die zu ihr führten, der heimischen Volkswirtschaft ja nicht verloren gingen. Für die Bedeckung des zukünftigen Mehrerfordernisses kommen in Betracht die Kriegsgewinn- und Vermögenssteuern, an deren Ergebnisse man allerdings keine allzu großen Hoffnungen knüpfen

darf, während die Erhöhung der Hauszins- und der Grundsteuer überhaupt nicht in Erwägung gezogen werden dürfte. Es bleibt also die Personaleinkommensteuer, die indes auch nicht mehr sehr bedeutend erhöht werden kann, die Erhöhung der Erbgebühren und insbesondere eine entsprechende Besteuerung der Massenkartellartikel übrig.

Abg. Dr. Beurle gibt der Anschauung Ausdruck, daß es möglich sein wird, jährlich auch die zwei Milliarden noch aufzubringen, daß sich aber der Staat dann der größten Sparsamkeit befleißigen und alles daransetzen muß, um die Produktivität der Bewohner und des Bodens zu heben. Wir haben in Oesterreich gegen 26 Millionen arbeitende Menschen, wenn diese einen jährlichen Mehrertrag von je Kr. 80 für ihre Arbeit erreichen, würden die zwei Milliarden, die der Staat mehr brauchen wird, gedeckt sein. Es wird sich also in erster Linie darum handeln, den arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen die Möglichkeit einer größeren Ausnützung ihrer Arbeitskraft zu bieten und es kann auf diesem Weg gewiß eine volkswirtschaftliche Entwicklung erreicht werden, welche der durch den Krieg geschaffenen Not gewachsen ist und welche dauernde Werte für unser Vaterland hervorbringen wird. Die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Beurle fanden den lebhaften Beifall der zahlreichen Zuhörerschaft.